

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 29 (1939)

Heft: 13

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwohenschau

Deutung der Mussolinirede vom 26. März 1939

Ganz Italien war aufgefordert worden, die Rede des Duce vor den „Kampffasci“ der Gründungszeit anzuhören. Außerhalb Italiens warteten alle Regierungen auf die Form und den Inhalt dieser Rede. Denn man war überzeugt, daß darin die konkrete Formulierung dessen stehen werde, was Italien von Frankreich fordere. Bisher gab es keine „offizielle Neuherzung“ in bezug auf diese Forderungen. Die Rufe demonstrierender Abgeordneter oder Volkshaufen: „Tunis, Korsika, Dschibuti“ waren nicht verpflichtend, auch für die Regierung nicht, die hinter diesen Rufen stand. Für Frankreich natürlich noch viel weniger. Sobald aber der Chef Italiens sich grammatisch festgelegt hat, wird das anders. Nach der Rede fragt man sich, ob er nun wirklich ein Programm aufgestellt, sich also festgelegt habe. Und demnach nicht mehr zurück könne.

Beim genauen Lesen seiner Ausprüche muß man sagen: Er hat sich nicht festgelegt. Die Rede ist vielleicht geblieben, vielleicht in jeder Hinsicht. Hinter dem lateinischen Donner und Bathos verborgen sich Widersprüche bedeutsamer Art. Kein Wunder, daß über den wahren Sinn seiner Meinung allenthalben gerätselt wird. Und daß man Schlüsse zu ziehen versucht in bezug auf die „Festigkeit der Achse“, die der Duce unter Verhöhnung der „Krämer-Demokratien“ so auffallend deutlich betont hat, zu auffallend deutlich, möchte man sagen.

Das wichtigste in der Form seiner Rede: Der Duce schreibt den Ball Frankreich zu. Die Ziele Italiens, die Gegenstände, über die Italien Verhandlungen wünscht, werden genannt: Tunis, Dschibuti, Suez. Korsika fehlt bedenksamerweise. Dabei wird in keiner Andeutung gesagt, daß Italien territoriale Abtretungen wünsche. Frankreich möge seine Bereitwilligkeit erklären, zu verhandeln. Das ist alles. Frankreich kann also Erklärungen abgeben. Kann anbieten: Ein neues Statut für die Italiener in Tunis. Einen Freihafen in Dschibuti als Endpunkt der Bahn nach Addis-Ababa. Ein ordentlich schweres Ultiempaket der Suezkanalgesellschaft. Mitregierung in dieser Gesellschaft für Italien, Tarifreform oder Tarifvorzüge für die italienischen Transporte nach Ostasien. Alles Dinge, die Frankreich zugestehen kann, ohne an Prestige einzubüßen. Und selbst wenn man an solche Einbußen denkt: Sie zählen kaum nach den furchtbaren diplomatischen und moralischen Niederlagen, genannt „München“, Zerfall der „Kleinen Entente“ und Eroberung Mitteleuropas durch das Dritte Reich.

Erst wenn Frankreich seine Gegenangebote formuliert hat, und erst, wenn Italien sie als genügend oder ungernigend erklärt, wird man sagen können, der französisch-italienische Ausgleich sei möglich oder unmöglich. Und alle Erwartungen, die man an einen solchen Ausgleich knüpft, werden erst nach diesen Formulierungen und Erklärungen einen Sinn haben.

Sie gehen sehr weit, diese Erwartungen. Nicht umsonst beobachteten London und Paris schadenfroh, daß Italien unter den Gratulantent bei Hitler, nach der Besetzung Prags, fehlte. Nicht umsonst war die Rede von zwei aufeinander folgenden Sonderbeschreiben Hitlers an Mussolini. Und die neue Reise Goerings nach Rom, sein Flug nach Lybien zum Besuch Balbos und zur Inspektion der Aufmärsche gegenüber der tunesischen und ägyptischen Grenze, vor allem aber seine formierte Erklärung, Deutschland werde „um jeden Preis“ an der Seite Italiens stehen, bucht man in London als Anzeichen böser Verstimmungen und eiliger Versuche, den Duce wieder heiter zu stimmen.

Interessant ist eines der ersten Sondertelegramme, welches die M. Btg. aus London kurz nach der Mussolinirede erhielt. London deute gewisse Sätze etwa so: Mussolini sagt, zum

Mittelmeer zählt auch die Adria, an der wir am meisten interessiert sind. Seit 20 Jahren haben wir dort Frieden, denn wir haben uns mit den dort ebenfalls interessierten Slaven ausgeöhnt. Was er meine: Das Dritte Reich solle sich hüten, in diesem Teil des Mittelmeeres Interessen anzumelden. Mussolini sagt: Die Barrikade, die zwischen Italien und Frankreich lag, Spanien, ist gefallen. Er meine damit, die Gründe, die auf dieser Seite des Mittelmeers einen Ausgleich mit Italien verhinderten, fielen nun für Frankreich dahin. Mussolini sagt ferner, London habe nach öfters Prophezeiungen eines italienischen finanziellen Zusammenbruchs geglaubt, Rom brauche eine Anleihe, und es könne nur eine englische sein. Was er aber meine, sei dies: Diese Anleihe müsse besonders groß sein, damit sie Abessinien wirklich helfe.

In dieser britischen Bewertung der Duce-Rede sehen wir das optimistische Extrem der Ausdeutungen. Den absoluten Glauben, Italien sei „zu kaufen“. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre befinden sich diese Optimisten in einem bedenklichen Irrtum. Mussolini will Hitler „mit in dem Ding“ haben, das für ihn „Bierkraft“ heißt. Er will ihn als Gegengewicht gegen die beiden Westmächte auch nach einem Ausgleich mit Frankreich ausspielen. Zu dritt ist Italien immer der Dritte. Zu viert ist er mit Hitler immer Paris und London ebenbürtig.

Die angekündigte Besetzung Madrids durch Franco, die Erfolge der Offensive in Andalusien, weitere Operationen, die mit Eintritt des Frühlings erwartet werden, lassen bald eine Klärung der sehr wichtigen Frage erwarten, wie sich Franco endgültig gebären werde. Die „Barriere“ oder „Barrikade“, die alsdann gefallen sein wird, zeigt entweder ein neutrales, zwischen Frankreich und Italien ausgleichendes Spanien . . . die Hoffnung der „Krämerdemokratien“, . . . oder ein mit Italien angreifendes Spanien. Je nachdem wird Italien sich von den französischen Minimalangeboten befriedigt oder nicht befriedigt erklären.

Es harzt schon wieder

Vor einigen Monaten nahmen wir Abschied von einem südamerikanischen Botschaftskonsul, der nichts mehr zu tun hatte und nach Buenos-Aires verreiste. „Man muß sich bei Zeiten davon machen“, sagte uns der Mann. „In sechs Jahren haben die Russen doch den ganzen Westen gefressen. Bis auf England . . .“ In diesem Ausspruch eines mit vielen Beziehungen ausgestatteten Menschen aus der „Oberklasse“ liegt das ganze Misstrauen, das in Paris und London, in Warschau und Amsterdam, genau so wie bei uns, dem russischen Koloss gegenüber besteht. Und es ist dieses Misstrauen, das in die Verhandlungen Englands mit Russland und den verschiedenen großen und kleinen Staaten zur Aufrichtung einer „Friedensfront“ hineinspielt. Berlin hat schon am ersten Tage bei Bekanntwerden dieser britischen Schwenkung gespottet, es werde aus dieser Front nichts werden. Und heute scheint es, die Spötter hätten weitgehend recht.

Polen erklärt, es gebe seinen eigenen Weg und lasse sich in keinen Block hineinmanöverieren. Das mag vorsichtig sein, vor allem beim Betrachten der Tatsache, daß Großbritannien auch heute noch keine allgemeine Wehrpflicht besitzt und einzige die Russen als Beschützer in Frage kommen.

Rumänien hat mit Deutschland einen Handelsvertrag abgeschlossen und sich damit aus dem Bereich einer direkten Bedrohung gezogen, hütet sich aber weislich, einer antideutschen Allianz beizutreten. Die britische Regie, welche mit den bekannten Ultimatumsgerüchten operierte, hat den Handelsvertrag wesentlich zugunsten der Rumänen beein-

flücht. Im übrigen ist es viel klüger, die bedrohten Staaten selbst außerhalb der Allianz zu lassen und nur die Erklärung abzugeben, ein Angriff auf sie würde für Deutschland den Krieg mit den Großen bedeuten.

Man hat diese Methode im Westen angewendet. Holland, Belgien und die Schweiz werden durch einen französisch-britischen Vertrag als „Sakrosanct“ erklärt. Jeder Angriff auf eines der drei Länder soll den Krieg auslösen. Noch ist nicht ganz sicher, ob die Angegriffenen die Hilfe Frankreichs und Englands anrufen hätten, oder ob bei freiwilliger Unterwerfung Paris und London still sitzen blieben. Vermutlich würden sie marschieren.

Wir sehen unter ziemlich schwierigen Verhandlungen ein System werden: Drei Großmächte erklären, daß der Angriff Deutschlands auf einen der sieben Staaten (es sind alle sieben kleinen Nachbarn Deutschlands gemeint), die Schweiz, Belgien, Holland, Polen, Rumänien, Jugoslawien und Dänemark, Deutschland in Krieg mit zwei Fronten bringe. Von Italien ist dabei nicht die Rede. Ein englisches Blatt behauptete, die italienischen Armeen in Afrika stünden am Tage des Kriegsausbruches wie „Blumen in einer leeren Vase“ da, dank der britisch-französischen Flotten. Von einer Mitbedrohung Italiens in einem von Deutschland provozierten Kriege sei also so wenig die Rede wie von der Möglichkeit einer italienischen Teilnahme.

Landesverteidigung

Der Bundesrat hat als vorsorgliche Maßnahme das Land aller Minen, die unsere Brücken und Straßenbahnen an den Grenzen, und zwar an allen Grenzen, unpassierbar machen können, angeordnet. Zugleich wird die Verstärkung der Bewachungsmannschaften sofort eingeleitet. Die neue gesetzliche Grundlage vom 3. Februar ermöglichte diese Verstärkung ohne langen Umweg über die Befragung der Bundesversammlung. Die Beruhigung, welche dieses „Minimalaufgebot“ in den Grenzkantonen ausgelöst hat, ist sicher wichtiger als die ebenfalls aus dem Bundeshaus erlassene „Warnung vor Gerüchten“ , welche in gewissen Gegenden unseres Landes ihr Wesen treiben. Panik, Misstrauen und falsche Nachrichten breiten sich leichter aus, wenn gezweifelt wird am Funktionieren unseres Verteidigungsapparates, als wenn darüber keine Zweifel bestehen. Wir können also ruhig sein: Die Minen werden springen. Bei Gefahrenzeichen höhern Graden wird der Bundesrat auch unverzüglich die Bestände mobilisieren können, die zur Verhinderung von Notbrückebauten und improvisierten Straßenbauten nötig wären. Die Mobilisation kann also als gesichert gelten.

Wir haben überdies auch das Gesetz über die oberste Armeeleitung durchgebracht, wenigstens im Nationalrat. Der Ständerat wird kaum viel Schwierigkeiten machen . . . es wäre auch höchst unzeitgemäß. Sowieso haben wir die Idee, daß diese „Um-Organisation“ in einer mit Überraschungen drohenden Zeit eine gewagte Sache sei. Dringlich war sie, und von den Kreisen, die sie forderten, war die Lösung auch anders gedacht. Nun werden wir eine „Landesverteidigungskommission“ haben, gebildet aus dem Vorsteher des Militärdepartements, seinem Stellvertreter, dem Armeeinspektor, der im Grunde die Seele der Kommission sein soll, dem Generalstabschef, dem Oberwaffenchef, den Kommandanten der Armeekorps, und in jedem die Luftwaffe interessierenden Fall auch den Kommandanten der Flugwaffe. Der „Inspektor“ gab allerhand zu reden.

Wir fragen uns heute, ob die „einheitliche Kommandogewalt“, welche die Offizierskreise mit wenigen Ausnahmen wünschten, das von verschiedenen Nationalräten befürwortete radikale, auf dem „Befehl von zu oberst bis zu unterst“ beruhende System notwendigerweise als Bedrohung der Demokratie aufgefaßt werden müsse. Die Bestimmung von 1848, wonach ein solches System, dessen Sinnbild der gewählte General ist, erst in Kriegszeiten und erst nach San-

tion durch die Bundesversammlung errichtet werden dürfe, beruht auf dem Misstrauen der immer „zivilen“ Demokratie vor der ihrer Art nach immer „diktatorischen“ Organisation einer brauchbaren Armee. Wir leben in einer ganz andern Zeit als 1848, trotzdem auch damals Gefahren unser Land umlauerten . . . Bei scharfer Abgrenzung des militärischen und zivilen Machtbreiches sollte man die geforderte „straffste“ Organisation nicht fürchten.

Bundesrat und Parlamentsmehrheit haben die Vereinigung beider Forderungen: Die der Demokratie und die der „militärischen Kommandonotwendigkeiten“, versucht. Zur Beruhigung des Landes würden die ungefährte Infrastruktureklärung des Gesetzes, die Wahl des Armee-Inspectors, die beginnenden Sitzungen der Landesverteidigungskommission ihr gutes Teil beitragen . . . mehr noch als die Ladung der Minen.

Motorlastwagenpark und anderes

Der Nationalrat hat unter anderem auch beschlossen, die vom Bundesrat befürwortete Förderung der Anschaffung militärtauglicher Lastwagen zum Bundesbesluß zu erheben. Die Bundesklasse wird also jenen Privaten, welche neue Lastwagen anschaffen, auf fünf Jahre hinaus die Automobilsteuer zurückvergüteten. Dabei will man versuchen, der insändischen Autofabrikation Arbeit zu verschaffen. Im Vordergrund steht das Interesse an Wagentypen, die im Inland hergestellt werden, oder deren Ersatzteile im Inland beschafft werden können. Die Kommissionsreferenten stellten eine „große Überfremdung“ unseres Wagenparks fest. Das sind lauter Dinge, die man seit langem kannte, nur nicht so genau. Ebenso weiß man Bescheid über die Bestände an „veralteten“ Wagen.

Diese Versuche, unsere Wagenbeschaffung „autark“ zu gestalten, werden die automatisch eintretenden Bedingungen der „camion konkurrenzierten“ Bahnen nicht weitmachen, aber mildern. Den Ausfällen infolge vermehrten Lastwagenbetriebs steht wenigstens irgendwo ein Verdienst gegenüber . . . werden alle Wagen importiert, ist das nicht der Fall; im Gegenteil, zur Belastung eines Gewerbes im Inland kommt noch ein Minusposten in der Handelsbilanz.

Ein weiterer „Autarkievorstoß“ wurde im Rate unternommen, um die Last der Benzineinfuhr herabzudrücken, indem eine noch erhöhte Fördierung des Holzgassverbrauchs verlangt wurde. Nun sind für neue Wagen, die Holzgas verbrennen, 1000 Franken Zuschuß versprochen. Die Holzgasliebhaber wollten diesen Zuschuß auf die schon im Betrieb befindlichen Wagen ausgedehnt wissen. Sie drängen nicht durch . . . aus guten Gründen. Wenn der Wagenpark vermehrt werden soll, müssen die Mittel auf neue Wagen verwendet werden, die alten sind schon sowieso da. Das gilt auch für die Holzgasbrenner; besser höhere Zuschüsse für alle, die neue Fahrzeuge anschaffen, als Verzettelung im Namen einer „unrationellen Gerechtigkeit“, die auch gleichzeitig noch den Holzproduzenten einen Hasen in die Küche jagen sollte.

Der Ständerat, entgegen den Beschlüssen seiner Kommission, nun doch 20 Millionen für die Ristenstrasse bewilligt hat, erkennt man, in welchem Umfang man die Wichtigkeit von Straße und Camion, neben den bestehenden Bahnen, einschätzt. Man denkt nicht an neue Bahnen, etwa einen neuen Alpendurchstich von der Gotthardlinie her nach Graubünden. Nicht einmal an die Normalisierung der schmalspurigen Brünigbahn, geschweige denn an einen Basistunnel für diese Linie.

—an—

We scho PERSER-
de vom Stessler
Amthusgass 1 Bärn